

Antrag

Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 24.
September 2022

Initiator*innen: LAG Feminismus (dort beschlossen am: 26.08.2022)

Titel: **Kostenfreie Menstruationsprodukte in
öffentlichen Einrichtungen**

Antragstext

Die Frauen*Vollversammlung/Frauen*Konferenz möge beschließen:

In allen öffentlichen Einrichtungen, einschließlich und insbesondere in Schulen, sollen Menstruationsprodukte kostenfrei jedem menstruierenden Menschen zur Verfügung stehen. Dies erleichtert den Zugang auch für arme Menschen und hilft neu menstruierenden Kindern und Jugendlichen, mit der neuen Situation umgehen zu können. So wird Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit gegenüber nicht menstruierenden Menschen hergestellt und die Scham über das Menstruieren selbst abgebaut.

Wir fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus auf dafür zu sorgen, dass das Land Berlin kostenfreie Menstruationsprodukte in allen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stellt. Dabei fordern wir insbesondere, dass Menstruationsprodukte auf wirklich ALLEN Toiletten im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt werden, da besonders für sich nicht als weiblich identifizierende und nicht als weiblich gelesene Menschen der Zugang sonst sehr erschwert wird.

Die Hälfte der Bevölkerung menstruiert, es ist ein natürlicher Vorgang, der dennoch vor allem in den ersten Jahren überraschend und körperlich anstrengend sein kann. Hinzukommt, dass der Zugang zu hygienischen Produkten von sozialen

Faktoren abhängt. Feminismus ist in der Bevölkerung angekommen – es ist Zeit, mit Stigmata aufzuräumen.

Wie kompliziert es ist, Zugang zu einem Produkt zu erhalten, ist eine Frage der Gleichberechtigung, da Menschen ohne Menstruation sich diesen Fragen im Alltag nicht stellen müssen. Trotz der Senkung der Mehrwertsteuer sind Menstruationsprodukte teuer, teils mit schädlichen Chemikalien versetzt und das Stigma der Scham um die Beschaffung bleibt ein ausgrenzender Faktor.

Es gibt keinen validen Grund, warum Toilettenpapier bezahlt wird, Menstruationsprodukte allerdings nicht zur Verfügung stehen. Die Menstruation ist ebenso ein natürlicher Prozess des Körpers, den sich der Mensch nicht aussuchen kann und sofort Abhilfe schaffen muss. Dadurch, dass Produkte nicht einfach zur Verfügung stehen, wird die Menstruation zu einer Anomalie in der Öffentlichkeit stigmatisiert. Insbesondere obdachlose Menschen und Personen, die von Hartz IV leben, können durch diesen schlechten Zugang zusätzlich leiden, wenn sie menstruieren.

Vor allem in Schulen ist die Menstruation nach wie vor ein von Scham und sozialer Ungerechtigkeit geprägtes Thema. Die Menstruation wird so zu einem Umstand, der im Schulalltag ein Hindernis darstellen kann. Schüler*innen befinden sich zum Großteil des Tages in der Schule, sodass es schwierig werden kann, falls das Geld nicht reicht, Zugang zu neuen Produkten zu erhalten. So müssen menstruierende Menschen planen, sich gegenseitig eher heimlich helfen. Dies kann im Weiteren auch starken Einfluss auf die Bildung/Ausbildung haben, da menstruierende Menschen während der Periode dem Unterricht oder anderen Veranstaltungen fernbleiben könnten.

Weiter sind unnötige gesundheitliche Risiken möglich, wenn der Wechsel hinausgezögert wird. Dies stellt aus hygienischer und medizinischer Sicht einen politisch untragbaren Zustand dar. Das Risiko sogar tödlicher Infektionen einmal im Monat aus finanziellen Gründen einzugehen, sollte keine Option sein müssen. Die kostenfreie Zurverfügungstellung hilft gegen diese frühe Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen kostenlos zur Verfügung zu stellen wäre eine Leistung des Staates als medizinische, hygienische Notwendigkeit, welche ca. 50% der Bevölkerung den Alltag erleichtert. Sie ist deshalb im Sinne der Daseinsvorsorge, des Sozialstaatsprinzips und des Rechtes auf gleichberechtigte Teilhabe. Das Land Berlin kommt so seiner Vorbildfunktion im Sinne der Gleichberechtigung und Anerkennung dieser Notwendigkeit nach.

55 Indem biologisch gut abbaubare Tampons und Binden zur Verfügung gestellt werden,
56 ist der hygienischen Notwendigkeit abgeholfen, aber auch der Umweltschutz im
57 Sinne besserer Recyclingmöglichkeiten wird gefördert.

58 Dieser Antrag wird unterstützt von Fatoş Topaç.

Begründung

Mit dieser wichtigen Maßnahme können das Land Berlin und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen, wie man die Bedürfnisse menstruierender Menschen mitdenkt.

Es ist für das Land Berlin nicht mit hohen Kosten verbunden, Menstruationsprodukte zur Verfügung zu stellen. Es kann in großen Chargen eingekauft werden, was dem einzelnen menstruierenden Menschen nicht möglich ist.

Düsseldorf will nach einer Testphase, die positiv verlief, auch in weiterführenden Schulen kostenlose Menstruationsprodukte bereitstellen. In der Testphase hatte die Bereitstellung pro Schule lediglich 180 Euro gekostet (<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/kostenlose-menstruationsartikel-in-schulen-duesseldorf-100.html>). Für die Bereitstellung an allen 62 weiterführenden Schulen wird lediglich mit maximal 16.500 Euro jährlich gerechnet (<https://www1.wdr.de/nachrichten/menstruation-produkte-kostenlos-100.html>).

In Schottland ist am 15.08. dieses Jahres der kostenlose Zugang zu Menstruationsprodukten gesetzlich festgeschrieben worden. Seit 2017 hat Schottland bereits knapp 32 Millionen Euro investiert, um an öffentlichen Orten Tampons und Binden anzubieten. (Quelle: <https://www.morgenpost.de/politik/ausland/article236160753/Tampons-fuer-alle-Schottisches-Gesetz-gegen-Periodenarmut.html>) Zweck dieser Maßnahmen ist der Periodenarmut und der ausgrenzenden Wirkung für menstruierenden Menschen entgegenzuwirken. Das sollte das Land Berlin aufgreifen.

Nach Erhebungen von Plan International und WASH United in einer repräsentativen Umfrage (Quelle: <https://www.plan.de/menstruation-im-fokus.html>) von jeweils 1.000 Frauen und Männern in Deutschland zwischen 16 und 45 Jahren ist es in der Bundesrepublik für jede vierte menstruierende Person finanziell schwierig, ausreichend Menstruationsprodukte zu besorgen. Hierbei gaben sogar 12 % der Befragten an, den Wechsel von Tampons, Binden oder Slipeinlagen bewusst hinauszuzögern.

Nach derselben Befragung gaben 97 % aller befragten Mädchen und Frauen Blutflecken auf der Kleidung als „Worst Case“-Szenario an. Sichtbar „durchzubluten“ ist stark mit Scham behaftet. 33 % der Befragten fühlen sich während der Periode „unrein“. 35 % möchten sich nicht mehr für ihre Periode schämen müssen. Es ist deshalb zeigt gegen dieses Stigma vorzugehen.

Die Periode sollte enttabuisiert werden, finden 62 % der Teilnehmerinnen. 80 % der Mädchen und Frauen

wünschen sich kostenlose Tampons und Binden in öffentlichen Gebäuden. 80 % finden zudem, die Politik sollte sich dem Thema „Periodenarmut“ annehmen.

Es gibt in einigen Bezirken bereits Pilotprojekte hierzu. Es wird verwiesen auf die Schriftliche Anfrage Drucksache Nr. 18/28115 von der Abgeordneten Fadime Topas und dem Abgeordneten Stefan Ziller. Danach gab es im Juni 2021 in Tempelhof-Schöneberg, Pankow und Mitte Beschlussempfehlungen der Bezirksverordnetenversammlungen. In Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf gab es Projekte, die entweder Spenden sammelten oder vom Bezirk geförderte Projekte, die Menstruationsprodukte ausgeben.

Der Bezirk Lichtenberg hat seit März 2022 zwölf Spender bzw. Tamponautomaten mit kostenlosen Menstruationsartikeln aufgestellt. Ziel der Initiative von Bürger*innen und Vertreter*innen aus sozialen Einrichtungen in Lichtenberg ist die bezirksweite Zurverfügungstellung kostenfreier Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen.

Bisher scheint es im Land Berlin allerdings keine zusammenhängende Finanzierung über einen gemeinsamen Titel zu geben. Es werden bezirksbezogen einzeln Projekte gefördert. Vergleichsweise sind allerdings auch die Kosten für Toilettenpapier unbekannt (Drucksache Nr. 18/28115, Frage 17).

Als feministische Partei können Bündnis 90/Die Grünen so der Periodenarmut in Berlin entgegenreten. Von Periodenarmut betroffen sind vor allem obdachlose Menschen und Personen, die von Hartz IV leben. Für letztere stehen pro Monat lediglich 17,14 Euro für alle Hygieneartikel zur Verfügung; davon müssen Shampoo, Deo, Duschgel, Zahnpasta und Toilettenpapier, für menstruierende Menschen eben auch Menstruationsprodukte und ggf. notwendige Schmerzmittel während der Periode gekauft werden. Dies kostet monatlich ca. 15 Euro, es bleiben menstruierenden Menschen also lediglich 2,14 Euro für die restlichen Produkte.

Solange in Berlin die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellt wird, kann dieser Antrag schnell umgesetzt werden und die Partei ihre feministische, soziale Ausrichtung effektiv zeigen. Es ist überfällig, dass menstruierende Menschen gleichberechtigte Teilhabe über kostenfreie Menstruationsprodukte erhalten.

Unterstützer*innen

Irina Herb (KV Berlin-Neukölln)

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 24.
September 2022**

Initiator*innen: Frauen*Konferenz (dort beschlossen am: 24.09.2022)

Titel: **Für reproduktive Gerechtigkeit – Für die
diskriminierungssensible Förderung von
Kindern und des Kinderkriegens**

Antragstext

1 Wir setzen uns für reproduktive Gerechtigkeit ein. Dabei geht es nicht nur um
2 Rechte, sondern auch darum, dass Menschen so frei wie möglich und ohne
3 Diskriminierung ihre Sexualität ausleben und auch entscheiden können ob (und
4 wie) sie Kind(er) bekommen.

5 Vor diesem Hintergrund sehen wir die aktuelle staatliche Förderung von Kindern
6 entlang eines 3-Klassen-Systems kritisch: Durch finanzielle Anreize für
7 Hochverdienende und bürokratische Hürden für Mittel- und insbesondere
8 Geringverdienende, wird das Kinderkriegen aktuell entlang klassistischer
9 Diskriminierungsstrukturen gefördert.

10 Für uns ist klar: Im Sinne der reproduktiven Gerechtigkeit sollen Menschen so
11 frei wie möglich und ohne Diskriminierung entscheiden können ob (und wie) sie
12 Kinder bekommen. Dazu gehört auch die Frage, wer es sich leisten kann, Kinder zu
13 bekommen und diese aufzuziehen. Staatliche Unterstützung für Kinder darf hier
14 keine finanziellen oder bürokratischen Diskriminierungen reproduzieren.

15 Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die bundesdeutsche Festlegung zur Einführung
16 einer Kindergrundsicherung, die die Familienförderung vom Kopf auf die Füße
17 stellt und diese so einfach wie möglich auszahlen wird, die bürokratische Hürden

18 abbaut und Kinder entlang ihrer Bedürfnisse unterstützt. Wir fordern den
19 Berliner Senat auf, diese Bemühungen
20 zur Kindergrundsicherung zu unterstützen und eine klare Haltung für die
21 Abschaffung jeglicher Diskriminierung bei der Förderung des Kinderkriegens zu
22 zeigen.

23 Allgemeiner fordern wir, dass reproduktive Rechte immer auch in ihrem
24 ökonomischen und sozialen Kontext, sowie diskriminierungssensibel betrachtet
25 werden. Wir setzen uns dementsprechend dafür ein, dass eine selektive Förderung
26 von Kindern durch finanzielle und bürokratische Hürden auch als eine Frage der
27 reproduktiven Selbstbestimmung verstanden wird.

Antrag

**Frauen*Vollversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 24.
September 2022**

Initiator*innen: Frauen*Konferenz (dort beschlossen am: 24.09.2022)

Titel: Öffentliche und kostenfreie Toiletten für alle

Antragstext

1 Ohne große Schwierigkeiten auf Toilette zu gehen – das ist ein Grundbedürfnis
2 von uns allen. Wenn wir im öffentlichen Raum unterwegs sind, suchen wir oftmals
3 einige Zeit nach Toiletten. Die City-Toiletten der Stadt Berlin sollen diese
4 Situation erleichtern und einen kurzen Weg in der Stadt zur nächsten Toilette
5 gewährleisten. Leider ist dies nicht für alle Menschen gleichberechtigt möglich
6 – vor allem Menschen mit Vulva, menstruierende Menschen, Menschen, die mit
7 Kindern unterwegs sind und viele Menschen mit Behinderung müssen 50 Cent zahlen,
8 während Pissoirs einfach kostenfrei zur Verfügung stehen.

9 Bei der aktuellen Testphase sind zwar einige Toiletten auf kostenfrei umgestellt
10 worden, andere sind aber nur durch Kartenzahlung oder Online-Bezahldienste
11 benutzbar. Das schließt viele Menschen aus, die aus den unterschiedlichsten
12 Gründen keine Karte haben, Online-Bezahldienste nicht nutzen können oder im
13 Moment der großen Not einfach kein Internet haben. Der Zugang zur öffentlichen
14 Toiletten darf keine Kostenfrage sein.

15 Deswegen stellen wir folgende Forderungen an unsere Grünen Abgeordneten im
16 Abgeordnetenhaus sowie unserer Senatorin Bettina Jarasch:

17 - Wir lehnen das Modell der Kartenzahlung ab und möchten nicht, dass es nach der
18 Testphase weiter eingesetzt wird.

19 - Wir fordern kostenlose öffentliche Toiletten überall, dauerhaft und so schnell
20 wie möglich.

21 - Wir fordern ausreichende Möglichkeiten auf den geschlossenen Toiletten,
22 Menstruationsprodukte ohne Probleme und Sauerei sicher wechseln zu können. Dazu
23 gehören auch toillettennahe Waschbecken zum Säubern von Menstruationstassen und
24 Mülleimer zur Entsorgung anderer Menstruationsprodukte.

25 - Wir wünschen uns ergänzend zu den kostenlosen öffentlichen Toiletten für alle
26 auch mehr sogenannte Missoirs im Berliner Stadtgebiet.

27 - Die Missoirs müssen mit ordentlichem, ausreichendem Sichtschutz ausgestattet
28 sein, genug beleuchtet sein, Müllbehälter und Waschbecken enthalten und sollen
29 nicht auf Kosten der geschlossenen öffentlichen Toiletten geschaffen werden.